

Günstige Winde in Pfäfers oder Wartau

Der Kantonsrat hat die Windenergiepolitik der St. Galler Regierung bekräftigt – Aufwind für Windräder wie jenes der SFS in Heerbrugg.



Womöglich in gut zwei Jahren das erste Windrad im Kanton: das geplante Projekt der SFS in Heerbrugg.

Visualisierung: zvg

Marcel Elsener

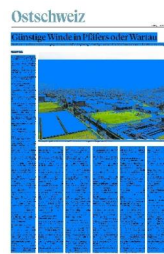
Empfiehl sich Wartau als erster «Wimby»? Das Wort dürfte auch im Kanton St. Gallen bald vertrauter werden. «Nimby», die Abkürzung für «Not in my backyard» (nicht in meinem Hinterhof), ist als weit verbreitete Haltung halbwegs bekannt. Sie gilt für Menschen, die wichtige Infrastrukturmassnahmen wie Windkraftanlagen grundsätzlich begrüßen, aber nur nicht in ihrem Quartier.

Der «Nimby»-Effekt macht all jenen, die die Energiewende vorantreiben wollen, das Leben schwer. Nun untersucht eine EU-

Studie derzeit, wie der «Nimby» zum «Wimby» werden könnte – also zu einem, der Ja sagt zu «Wind in my backyard». Einer wie der Wartauer Gemeindepräsident Andreas Bernold (FDP), der seine Gemeinde als Windkraft-Standort empfiehlt und im Sommer an einer Informationsveranstaltung einen denkwürdigen Satz sagte: «Manche sagen, ein Windrad verschandle das Landschaftsbild, mir zeigt es hingegen, wie innovativ eine Gemeinde ist.»

SVP auf Seite der Windanlagen-Gegnerschaft

Den «Nimby»-Effekt wollte sich die SVP im St. Galler Kantonsrat zunutzemachen. Mit drei Motionen trat sie den Windenergieplänen der Regierung entgegen, die im Richtplan 17 Windenergiezonen für bis zu 92 Windkraftanlagen in 39 Gemeinden festlegen will. Über 3000 Eingaben sind in der Vernehmlassung zur Richtplan-Anpassung eingegangen, die meisten davon zu den Windeignungsgebieten, «wahrscheinlich zahlenmässig ein Rekord bei einer kantonalen Vernehmlassung», wie SVP-Sprecher Christof Hartmann sagte. Der SVP gehe es mit ihren



Vorstössen nicht um ein Für oder Wider die Windkraft, sondern um eine «breite Akzeptanz» möglicher Windkraftanlagen.

Der Rat hatte indes kein Gehör für diese Schalmeienklänge: Geschlossen lehnten alle Fraktionen die SVP-Motionen für einen Mindestabstand von 1000 Metern bei Windkraftanlagen und für ein Verbot von Windturbinen im Wald ab. Linksgrüne wie bürgerliche Redner sprachen von einer «konzertierten Verzögerungstaktik» mit auch in anderen Kantonen eingereichten «Wandermotionen» und von «fadenscheinigen Motiven» einer Partei, die sich sonst wenig um Landschaftsschutz und Biodiversität kümmere.

Sondernutzungspläne obliegen wohl dem Kanton

Noch nicht beantwortet hat die Regierung eine dritte SVP-Motion. Diese fordert Sondernutzungspläne nicht wie vorgesehen auf kantonaler, sondern auf kommunaler Ebene. Somit wären die geplanten Windkraftanlagen in den Gemeinden dem fakultativen Referendum unterstellt und könnte die Bevölkerung mitbestimmen. SVP-Sprecher Hartmann meinte an der Session schlaumeierisch, dass dies für die Regierung ja «kein Problem» sei, wenn doch die Bevölkerung grossmehrheitlich hinter der Windkraft stehe.

Die Antwort auf die heikle Frage wird im Januar erwartet, damit die Motion in der Februarsession behandelt werden kann. Die Regierung muss abwägen, wie sie die Vorgaben des Bundes und des Kantons in Ein-

klang mit den lokalen Befindlichkeiten bringen kann. Allerdings dürfte sich der Kanton bei Windkraftanlagen ähnlich wie bei Kantonsstrassen oder Wasserbauten auf das übergeordnete Interesse berufen und dem kantonalen Sondernutzungsplan Vorrecht geben. Wie kompliziert dies im Einzelfall werden kann, zeigt das Beispiel Windpark Krinau, wo im Februar 2024 eine Initiative der Windkraftgegner (Äpli Gegenwind) für einen Mindestabstand im Wattwiler Baureglement zur Abstimmung kommt.

SFS geht als Vorbild für Unternehmen voran

Erleichtert über die Kantonsratsbeschlüsse zeigt sich vor allem das Rheintaler Industrieunternehmen SFS. Sein Projekt für ein 130 Meter hohes Windrad am Hauptsitz in Heerbrugg ist nach erfolgreichem Durchlaufen von technischen Abklärungen, Windmessungen, Lärmgutachten und Prüfungen für Vogelschutz und Siedlungsverträglichkeit weit fortgeschritten. Im Kantonsrat diente es als Beispiel für das eigenverantwortliche Interesse von Unternehmen an der Energiewende. SFS hat bereits eine grosse Photovoltaikanlage gebaut und will bis 2030 mittels Wind- und Sonnenkraft 30 Prozent ihres Strombedarfs selber decken.

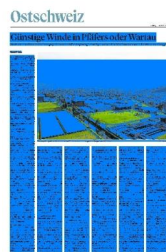
Das Windradprojekt wartet nun auf das kantonale Richtplanverfahren und erhält dann einen Sondernutzungsplan. Im Frühling will das Unternehmen Nachbarn und Interessierte über den Projektstand informieren. Nach abgeschlossenem Be-

willigungsverfahren plant es, «die Anlage im Idealfall 2025 bauen zu können». Es wäre das erste private Windrad in der Ostschweiz und ein mögliches Vorbild für andere Unternehmen. Grosse Strombezügler, als exportorientierte Firmen oftmals unter dem Druck internationaler Kunden, dürfen gestützt auf eine Zielvereinbarung mit dem Bund Einzelanlagen erstellen. Ausser jenem der SFS sind den Kantonsbehörden und der IHK allerdings noch keine St. Galler Unternehmen bekannt, die eine eigene Windkraftanlage planen.

Regionales Interesse für Windenergie im Oberland

Den Aufwind für die Windkraft im Rheintal bestätigt Marcel Sturzenegger, kantonaler Abteilungsleiter Energie. Im Werdenberg und Sarganserland gebe es für Windparks ein «spürbares Interesse» seitens von Gemeindebehörden und regionalen Investoren. Beispielsweise in Pfäfers, wo die Ortsbürgergemeinde auf eigenem Boden ihr Projekt auf dem St. Margrethenberg vorantreibt. Oder in Wartau, wo die politische und die Ortsgemeinde sowie das EW Windparks in den Gebieten Weite und Valpilär begrüssen und das Trübbacher Unternehmen TBB kürzlich einen Mast für Windmessungen aufgestellt hat. Die Windverhältnisse in jenem Raum, wo das «Bachbett» unter Ellhorn, Gauschla und Mittagsspitze starke Strömungen erzeugt, zählen zu den besten in der Ostschweiz.

Der Kanton hat für solche und weitere Projekte die Pla-



nungsgrundlagen erarbeitet. In einer sorgfältigen Abwägung von Nutz- und Schutzinteressen habe er 17 Eignungsgebiete für Windparks ermittelt, sagt Sturzenegger. Wenn die Regierung die Anpassung des Richtplans beschliesse und der Bund nach seiner Prüfung diese genehmige, liege es an den Grundbesitzern und Investoren, Projekte zu lancieren und Machbarkeitsstudien zu erstellen. Wie bei anderen Vorhaben bestehe während der Planung respektive des Bewilligungsverfahrens die Möglichkeit, Einspruch zu erheben.

In den Steckbriefen zu den 17 Eignungsgebieten wird das jeweilige Schutz-Nutzen-Verhältnis für Windenergie eingehend beschrieben. Beispielsweise heisst es im Fazit über das Gebiet Rheinau auf Boden von sechs St. Galler Gemeinden an der Grenze zu Liechtenstein und Graubünden: «Aufgrund der guten bis exzellenten Windverhältnisse und des damit verbundenen Potenzials für einen Windpark überwiegt das Nutzungsinteresse deutlich.» Im Hinblick auf eine Festsetzung im Richtplan müssten aber die teils grossen Konflikte mit dem Vogelschutz sowie dem Flugfeld Bad Ragaz bereinigt werden.

Auch die Nachbarn wie Vorarlberg machen vorwärts

Beflügelt werden die Windenergieprojekte von der im Herbst gegründeten Vereinigung Pro

Wind St. Gallen-Appenzell, die derzeit 50 Mitglieder zählt – Private, Firmen, Gemeinden und Elektrizitätswerke. «Es ist höchste Zeit, die positiven Seiten der Windkraft zu zeigen», sagt Pro-Wind-Vorstandsmitglied Anton Felder, der von Beruf wegen mit der Firma Wega Energiemanagement regionale Potenziale untersucht. Zuletzt machte sich vor allem die Gegnerschaft bemerkbar, namentlich der Verein Freie Landschaft, der die St. Galler Windenergieplanung als «Grossangriff auf Bevölkerung, Landschaft und Natur» bezeichnet. Ein Grossteil der tatsächlich 3400 Eingaben in der Richtplan-Vorabklärung entspricht vorgefertigten Formularen lokaler Gegenwind-Vereine in Schänis, Wattwil oder Teufen.

Mit Verweis auf die Beispiele Wartau, Pfäfers oder Mels betont Felder die Chancen lokal verankerter Projekte, von denen die Gemeinden profitierten. Windparks würden in der Regel nicht von Energiekonzernen, sondern von regionalen Investoren realisiert und hätten somit wie das bekannte Windrad Haldenstein bei Chur eine «grosse Akzeptanz». Freilich müssten Projekte grossräumig abgeklärt werden, im Rheintal speziell auch über die Landesgrenze hinaus, spricht: Wenn in Sennwald oder Oberriet Windräder aufgestellt würden, interessiert das auch Vorarlberg.

Ein Umdenken für die Windkraft hat auch jenseits des Rheins eingesetzt: Nachdem das Thema jahrzehntelang Tabu war, veröffentlichte die Vorarlberger Regierung im Frühling – nicht zuletzt als Reaktion auf die St. Galler Windenergiepläne – eine Studie mit sechs geeigneten Gebieten, darunter Feldkirch. Seither steigt das Interesse von Grundeigentümern und Energieunternehmen, weit fortgeschritten ist ein Projekt für Arlberger Windenergie in der Liechtensteiner Gemeinde Gamprin, die auf der Alp Rauz Windmessungen durchführt.

Die Bauchefin bekennt sich zum «Wimby»

«Wind in my backyard» scheint vermehrt auf Sympathie zu stossen. Als «Wimby» outete sich in der emotionalen Windkraftdebatte im Kantonsrat – ohne dieses Wort zu gebrauchen – Bau- und Umweltdirektorin Susanne Hartmann. Sie sei «froh und dankbar», sagte die Mitte-Politikerin an die Adresse von Walter Gartmann (SVP), dass ihr Wohnort Wil zu den geeigneten Windenergie-Gebieten gehöre. Gartmann hatte den Befürwortern empfohlen, die Windturbinen vor der eigenen Haustür zu bauen, oder dann auf hauptstädtischen Grundstücken wie dem Rosenberg oder auf dem Dach der neuen Olma-Halle – von Mindestabständen war da nicht die Rede.